



Ludwig-  
Maximilians-  
Universität  
München



Lehr- und Forschungseinheit für Programmierung und Softwaretechnik

---

Vorlesung am 21. April 2009

Serviceorientiertes E-Government

---

## Neue Herausforderungen in der öffentlichen Verwaltung

**Dr. Frank Sarre**

Lehrbeauftragter der LMU München

Die IT-Landschaft der öffentlichen Verwaltung ist in Deutschland u.a. durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- Große Anzahl von IT-Systemen
- Sehr heterogene IT-Landschaft
- Weitgehend unabhängige Einzelsysteme
- Datenaustausch zwischen den Systemen nur stellenweise möglich
- Behördliche Prozesse nicht durchgängig durch IT-Systeme unterstützt
- Online-Services (E-Government) nur in geringem Umfang verfügbar

- Richtlinien der Europäischen Union
- Vorschriften auf verschiedenen Ebenen in Deutschland:
  - Bund
  - Länder
  - Kommunen
- Notwendige Effizienzsteigerungen für verschiedene Nutzerkreise:
  - Bürger
  - Wirtschaft
  - Andere öffentliche Stellen

Die neuen Herausforderungen führen zu:

- Umstrukturierung von behördlichen Prozessen
- Änderungen der Organisation
- Änderungen, Erweiterungen und Neuentwicklungen von IT-Anwendungen
- Konzeption eines neuen Vorgehens, um die Komplexität in den Griff zu bekommen
- Anspruchsvolle Beschaffungsvorhaben (Vergaberecht)

# Was versteht man unter „E-Government“?

## E-Government =

Nutzung des Internets und anderer elektronischer Medien zur Einbindung der Bürger und Unternehmen in das Verwaltungshandeln sowie zur verwaltungsinternen Zusammenarbeit

E-Government betrifft also die Beziehungen:

- G2C - Government to Citizen
- G2B - Government to Business
- G2G - Government to Government

# Initiativen und Rahmenbedingungen

- Europäische Ebene
- Deutschland
- Bundesländer und Kommunen
- Bayern

- EU-Länder haben unterschiedliche Entwicklungsstände
- Unterschiedliche IT-Systeme
- Unterschiedliche E-Government-Angebote

## Initiativen und Rahmenbedingungen

- I2010  
(strategische Ziele, E-Government-Aktionsplan)
- IDABC  
(grenzüberschreitender Informationsaustausch,  
Empfehlungen für die Technologie)
- Europäische Dienstleistungsrichtlinie  
(„Single Point of Contact“, elektronische Abwicklung der  
Verfahrensschritte für Gewerbeanmeldung und -betreuung)

- Zahlreiche Fachverfahren in den Ländern, weniger im Bund
- Überwiegend formularorientierte Anwendungen
- Zersplitterte Verantwortlichkeiten
- Realisierung behördenübergreifender Prozesse schwierig
- Oberflächen der Anwendungen größtenteils noch nicht für Portale geeignet
- Verlässliche Identifikation der Bürger und der Unternehmen höchstens ansatzweise gelöst
- Gesetzliche Regelungen beschränken den Datenaustausch

- iD2010  
(Leitlinien für die IuK-Technologie, Ziele für E-Government)
- BundOnline 2005  
(Bereitstellung aller internetfähigen Dienstleistungen bis Ende 2005)
- Aktionsplan „Deutschland Online“  
(Schaffung einer E-Government-Plattform für Bund, Länder, Kreise und Kommunen,  
Einzelvorhaben:
  - Infrastruktur
  - Standardisierung
  - Meldewesen
  - Personenstandswesen
  - KFZ-Wesen
  - Dienstleistungsrichtlinie )

Besonderheit:  
„Einer-für-alle-Lösungen“ !

- E-Government 2.0  
(Grundlagen für andere Vorhaben,  
Ergänzung des Aktionsplans „Deutschland Online“,  
des Weiteren:
  - Portfolio – Ausbau des E-Government-Angebots des Bundes
  - Prozessketten – Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Verwaltung
  - Identifikation – Elektronischer Personalausweis und E-Identity-Konzepte
  - Kommunikation – Sichere Kommunikationsinfrastruktur )
  
- D115 – einheitliche Behördenrufnummer

- Land und Kommunen haben unterschiedliche Aufgaben und daher auch getrennte IT-Systeme
- Getrennte Verantwortungsbereiche zwischen Ländern und Kommunen
- Kein zwingend abgestimmtes Vorgehen zwischen den Ländern

## Internet-Portale des Freistaats Bayern:

- [www.bayern.de](http://www.bayern.de)
- [www.verwaltung.bayern.de](http://www.verwaltung.bayern.de)

→ Statische Inhalte, Verzweigung auf andere Portale